

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsgehaltene Korpusseite 2.— M., Restamtspreis 4 50 M.
Zugabeannahme in der Gestalt eines diesseits, Zeitschrift, Belegblätter 10.
und Posters vorwärts 8 Uhr. Größe und komplizierte Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
Gesicht möglichst 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
etwa 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Verkaufspreis: 2.— M., halbjährlich 10.— M.,
jährlich 18.— M., 10.00 M.
Bis zum 1. März 1922.
Bis zum 1. März 1922.
Bis zum 1. März 1922.

Amliches Verhandlungsplan für die Stadt Teuchern.

№ 81

Donnerstag, den 13. Juli 1922.

61. Jahrgang

zur Lage.

Die gesetzlichen Feiertage.

Sant Bornardt hat das Reichsministerium des Inneren dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den die Frage der Feiertage rechtsgesetzlich geklärt werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt die beiden Oster- und Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag, in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Wet- und Hüttag und der 1. Mai bleiben der landes- gesetzlichen Regelung überlassen.

Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. Juli. Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei, der nach einem Referat Stresemanns einstimmig eine Entschließung annahm, in der gegen die Vergiftung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen Protest erhoben und die Überzeugung ausgesprochen wird, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Die Entschließung erklärt sich mit dem Gesetze zum Schutze der Republik einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Anwaltsgesetzes genommen wird. Weiter wird die Wiederherstellung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße gefordert und gegen die Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen, sowie gegen jede Schmäherung der Regierung Einspruch erhoben. Die Reichsflagge ist gegen Verächtlichmachung und Beschimpfung zu schützen, ebenso aber die schwarz-weiß-rotten Farben als Symbol der nach harten geschichtlichen Kämpfen errungenen demokratischen Einheit. Zum Schluß wandte sich die Erklärung ungeachtet der von der Partei urchaltenen guten Beziehungen zu den Demokratischen auch gegen jede Verleumdung durch reaktionäre Elemente.

Berlin, 12. Juli.

Neben der getriggen Reichstagsvollziehung wurde in kleineren unbedeutenden Besprechungen weiter der Versuch einer Einigung über die Mehrheit für das Republikgesetz gemacht. Die Deutsche Volkspartei legte dem Reichstag einige Fragen vor, die die Handhabung des Gesetzes und insbesondere den Schutz von Wahlvereinigungen und die Zulassung von Reichsanwälten zum Staatsgerichtshof betreffen. Die Besprechungen zwischen den verschiedenen Parteien sind noch nicht abgeschlossen, man glaubt jedoch überwiegend, daß ein positives Ergebnis erzielt werden dürfte.

Zum Schutze der Republik.

Berlin, 10. Juli. Der Reichsausschuß des Reichstages erledigte am Sonntag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf zum Schutze der Republik. U. a. wurde beschlossen, dem Paragrafen, der die Unterlassung einer Anzeige bei Kenntnis einer strafbaren Verletzung mit Jagdwild resp. mit Gefährnis bestraft, bestraft zu werden, daß diese Verletzung nicht nur ausschließen, sondern bei Gefährdung in Ansehung dessen, was ihnen bei dieser Verletzung auch Vermeidung an, sondern das von dieser Verletzung nicht getroffen werden sollen, wenn sie sich nach Kräften bemühen haben, den Täter von der Tat abzuhalten. Betreffs der Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes wurde ein Antrag der Linken angenommen, daß der Staatsgerichtshof sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und fünf Reichsrichtern zusammensetzt. Damit ist also die 7/12 Mehrheit der Reichsrichter bei der Urteilsfindung gewährleistet. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mann erklärte der Reichsminister des Inneren Dr. Köster, daß Vereine, die monarchistische Ginnung und das Legitimitätsprinzip in verfassungsmäßigen Rahmen pflegen, von dem Gesetz nicht berührt werden. Wenn aber ein Verein die Erhebung einer bestimmten Person als Ehrenanwärter betreibt, so geht er während der fünf Jahre Geltungsdauer des Gesetzes Anlaß zur Auflösung.

Das Moratoriumsgesetz.

Paris, 10. Juli. Ueber den Inhalt des Moratoriumsgesetzes, das die Reichsregierung in der Kohlenfrage an die Reparationskommission geschickt hat, meldet der „Matin“, daß Deutschland eine Herabsetzung der Kohlenquantität von 30%, verlangt mit der Begründung, daß das Reich zu dieser Reduktion gezwungen wäre einmal durch den Verlust der oberirdischen Kohlengebiete, dem 20%, dieser Verminderung zuzuschreiben sei, zum anderen infolge der Verminderung der eigenen Kohlenförderung, die die übrigen 10%, ausmache.

Gegen Zerstörungshandlungen.

Berlin. Die Reichleitung der demokratischen Partei sendet sich in einem Aufruf gegen die in verschiedenen

Teilen des Reiches geplanten Kundgebungen gegen die Zerstörung.

Berlin. Der Reichstag nahm heute eine Vorlage an, nach der die Besätze der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine erhöht werden. Er legte dann seine Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Republik fort. Der bairische Gesandte lehnte das Gesetz in dieser Form ab.

Die erste inuerepolitische Lage.

Die politische Lage wird in parlamentarischen Kreisen allgemein als ziemlich ernst angesehen. Den Gewerkschaften und den Linksparteien liegen aus dem Lande Berichte vor, die zeigen, daß die Erregung der Arbeiterschaft ständig im Wachsen begriffen ist. Aber auch von bürgerlicher Seite wird betont, daß die Gegenläufe sich immer mehr und mehr verschärfen und daß Anlaß zu ersten Beschlüssen über die Bahrung der Ruhe und Ordnung im Lande gegeben ist. Sollte das Gesetz zum Schutze der Republik von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien als unzureichend befunden werden, wie es aus der Beratung in zweiter Lesung hervorgeht, so ist die Reichstagsauflösung nicht mehr zu vermeiden. Während in sozialdemokratischen Kreisen eine gemäßigtere Auffassung über die jetzige Form des Gesetzes zum Schutze der Republik mit einer energischeren Ansicht, die das Gesetz in der jetzigen Form für nicht ausreichend hält, kämpft, ist man bei der U.S.D. geschlossen der Ansicht, daß das Gesetz im Ausschluß so bedeutend verschlechtert worden ist, daß es sehr zweifelhaft ist, ob man ihm noch seine Zustimmung geben könne. Sollten dazu noch Verschlechterungen des Disziplinargesetzes der Beamten kommen und ferner in der Annahmefrage sich neue kritische Momente ergeben, so werden die sozialdemokratischen Parteien ihr Desinteressement an der Verabschiedung der Gesetze erklären und die Auflösung des Reichstages fordern.

Die Frage der Regierungsumbildung.

Gestern mittags fanden wieder interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien im Reichsgebäude statt. Sie blieben ergebnislos, da die Sozialdemokraten ungehörig die Aufnahme der unabhängigen Sozialisten in die Regierungskoalition verlangten, die bürgerlichen Parteien aber Bedenken dagegen äußerten. Die Verhandlungen wurden deshalb abgebrochen. Die Sozialdemokraten traten dann um 3 Uhr zu einer Fraktionsung zusammen, an der auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages und des sozialdemokratischen Parteivorstandes teilnahmen. In dieser Sitzung wurde folgende Entschließung angenommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß die zum Schutze der Republik zu beschließenden Gesetze nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden können. Die Deutsche Volkspartei hat bis in die letzte Zeit in ihrer Bekämpfung einer Reihe wichtiger Regierungsvorlagen die notwendige Rücksicht auf die Interessen des Staates und auf die Bedürfnisse der breiten Massen vernachlässigt. Sie hat erst nach der Ermordung Rathenaus die Vorlage über die Getreidemalage abgelehnt. Unter diesen Umständen würde die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoalition bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen für die Arbeit der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aus tiefster Erkenntnis. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Das Amnestiegesetz.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde das Amnestiegesetz beraten. Im Laufe der Beratung erklärte der Reichsjustizminister Dr. Gröner, daß die Amnestie für die anlässlich des Beamtenstreiks zur Verantwortung gezogenen und einer Verurteilung des Berufsbeamtentums fähigen müsse für die Autorität der Reichsregierung ernstlich gefährlichen müsse für die Reichsbahn würde sich eine solche Erhöhung des Ansehens der Regierung durch ein Auflösen der Arbeitsintentionen nicht machen. Dies aber würde die Steigerung des einflussreichen Kreises einseitigen Bewegung zum Zwecke der Entlastung der Reichsbahn zur Folge haben, die nach Befristung des Ministers dann zum Erfolge führe, wenn die Rückgabe in der Konjunktur nicht mehr erlangt, die gesteigerten Ausgaben durch Tarifherabsetzungen auszugleichen. Die Reichsregierung könne daher der Forderung nach Amnestie für die Teilnehmer des Februarstreiks nicht entsprechen. Verbreden und Vergehen, wie Transportverweigerung, Beamteneinweisung, Verletzung gegen die Besetzung des Reichspräsidenten von 1. Februar, wie Sabotage, Drangsalierung der Arbeitswilligen und Aufreizung zum Streik seien so schwer, daß die Reichsregierung sie nicht amnestieren könne. Eine solche Straffreiheit müsse auf die Dauerhin von unheimlichen Gefahren drohen. Dem

Minister versichert, daß er für eine milde Behandlung der aufstehenden Fälle eintreten werde. In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, der die Amnestie auf gewisse politische Straftaten im Gebiet des gesamten Deutschen Reiches ausdehnen will, abgelehnt. Angenommen wurde die Regierungsvorlage, die gewisse gegen das Reich gerichtete politische Straftaten straflos macht. Gegen dieses Amnestiegesetz stimmten die Deutschen nationalien, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Die deutsche Demokratische Partei erklärt nachstehenden Aufruf: Trotzdem die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften sich anscheinend entschlossen haben, auf eine dritte Wiederholung der Strafentworfungen zu verzichten, werden in einzelnen Landesteilen „Generalstreiks“, „Terrorausführungen“ usw. geplant. Offenbar haben die verantwortungsbewußten Führer den Einfluß auf einen Teufel der Massen verloren. Unverantwortliche Führer suchen die Leitung an sich zu reißen. Die Demokratische Partei lehnt wiederholt jede Gemeinschaft mit solchen Strafentworfungen und jede Verantwortung für solche ab. Wer sich an Kundgebungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewalttätigkeit, die letzten Endes immer reaktionär ist. — Wir ermahnen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Kundgebungen abzulehnen. Wir ermahnen, sich dem Terror der Ausschüsse mit allen Mitteln zu widersetzen. Wir ermahnen, die Arbeit auf jeden Fall zu jeder Erhaltung von Staatsgewalt erwarten wir, daß sie nicht kommen, rücksichtslos entgegentritt. Die deutsche Republik muß ohne Schwanken nach rechts oder links Ruhe, Ordnung und Sicherheit aller Staatsbürger erzwingen können.

Drohender Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier.

Nach den letzten Nachrichten aus dem Ruhrkohlengebiet ist dort die Lage überaus ernst. Deutschland steht allen Wahrscheinlichkeit nach am Vorabend eines massigen Bergarbeiterstreiks in dem wichtigsten Gebiete seiner Kohlenproduktion. Die Bergarbeiter verlangen einmal, daß die Art der Lohnabgaben, den gegenwärtigen Geldverhältnissen und der allgemeinen Arbeit besser als bisher angepaßt werde, sie verlangen weiter eine durchgreifende Erhöhung des Mindestlohnes. Weitere Schwierigkeiten erwachsen aus der Frage des hohen Kohlenpreises der Gebirge. Es muß hervorgehoben werden, daß in diesen Punkten die Forderungen sämtlicher Bergarbeiterverbände, auch der christlichen und politischen, sich inhaltlich widersprechen. Verschiedenheiten der Auffassung bestehen zwischen den freigewerkschaftlich organisierten und den christlichen und politischen Bergleuten nur hinsichtlich der Methoden, mit denen die erwähnten Forderungen durchgesetzt werden sollen. Der alte Bergarbeiterverband will zu dem Mittel der Massenklammer greifen, um auf diese Weise das Streikverbot zu umgehen, soweit es den besetzten Teil des Ruhrreviers betrifft. Er hat bereits die Kündigungsgesetze eingeleitet und hält sie parat, um sie zu genehmer Zeit den Arbeitgebern zugunsten. — Angesichts dieser drohenden Situation im Ruhrkohlenbergbau begab sich der Reichsbergbauamtsminister Dr. Brauns nach Essen, um persönlich die schwierigen Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu führen.

Moratoriumsbesprechungen.

Es trifft zu, daß in Paris zurzeit zwischen deutschen Unterhändlern und Mitgliedern der Reparationskommission in der Moratoriumfrage Besprechungen stattfinden. Sie sollen die Grundlage für die demnächst beginnenden offiziellen Verhandlungen bilden. Ueber Einzelheiten läßt sich im Augenblick natürlich noch nichts mitteilen, und es ist infolgedessen auch zweifelhaft, über eventuelle Form und Inhalt des Moratoriums irgendwelche Vermutung aufzustellen.

Deutschlands Finanznot als Gegenstand internationaler Besprechungen.

Wie die „Corriere della Sera“ berichtet, ist die drohende Finanzlage Deutschlands in den Beratungen zwischen Schanzer und Lloyd George eingehend besprochen worden, und soll auch bei den nächsten internationalen Beratungen an erster Stelle stehen. In London wird die Befürchtung geäußert, daß Deutschland den Bankrott entgegengehe. Infolge der Rückwirkung einer solchen Katastrophe auf die alliierten Länder müßten alle Länder zusammenrufen, um die aus einer solchen Katastrophe drohende politische Gefahr einer Vereinigung Deutschlands mit Österreich über die Bildung eines Donau-Königreiches zu verhindern. Lloyd George hat Schanzer eindringlich die Not vor Augen gestellt, daß die Gefahr für die Welt durch den Bankrott Deutschlands zu groß sei.

Die zweite Lesung des Zwangsangehörigengesetzes.

Der Staatsrat hat das Reichstagesgesetz in die zweite Lesung des Gesetzes über die Zwangsangehörigen ein. Die Frage der Höhe der Anleihe sowie des Zeichnungspreises wurde vorläufig zurückgestellt. Die Beratung bleibt bis zum 1. Oktober 1925 angesetzt.

Die zweite Lesung des Zwangsangehörigengesetzes. Der Staatsrat hat das Reichstagesgesetz in die zweite Lesung des Gesetzes über die Zwangsangehörigen ein. Die Frage der Höhe der Anleihe sowie des Zeichnungspreises wurde vorläufig zurückgestellt.

Waffenjunde in Kiel.

Von der Kontrollkommission der Orientie wurde auf dem Marinearsenal in Kiel eine Revision vorgenommen. In Kiel verpackt, wurden Waffen und Munition gefunden, darunter 136 leichte und 38 schwere Maschinengewehre, 42 Maschinengewehre ganz neuen Systems und 18 Stangenfeuerwaffen.

Die wirtschaftliche Not der Presse.

Der Reichsrat beschloß sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Ausschussbericht über einen Gesetzentwurf über die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Deutschen Presse. Ein Antrag Preußen wurde angenommen.

Eine deutsche Handelskammer in Sanktau.

Die deutschen Kaufleute in Sanktau hatten bis zu ihrer Emigration durch die Chinesen oder vielmehr durch die Länder eine „Deutsche Vereinigung“ und lösten sich nach dem Krieg als „Deutsche Kaufmannschaft“ wieder zusammen. Die Frage einer deutschen Handelskammer wurde seit längerer Zeit erörtert.

Tausendfältig glücklich.

Nach dem H. H. H. (München verheiratet).

Als sie das Post verließen, sah Alvington (eine Spur von Marste, der vielleicht in die Buchführung gegangen war, um eine der Anleihen zu erheben, die er bewundert hatte. Sie lachten auf die weichen Seiten und schritten in einem so stillen Tempo dahin, daß sie nach einem Spaziergange von zwei Meilen aus der angenehmen Dämmerung in die Abgeschiedenheit der Bergkammern gelangten.

als obligatorisch erklärt. Die Begründung dieser neuen Beschlüsse lautet: „Die Beschlüsse sind nicht nur ein Ausdruck von dem energischen Widerstandswillen unserer deutschen Freunde in Sanktau, dem zentralen Handelsplatz Chinas, ein erfolgreiches Zeugnis ab. Wir wünschen dieser neuen Handelskammer besten Erfolg.“

Die Franzosen und das Unterseeboot.

Das französische Marineministerium bereitet ein neues Flottenprogramm vor, das in Kürze dem Parlament vorgelegt werden soll. Ziel und Umfang des Programms sind noch geheim. Im Pariser „Matin“ schreibt man ein Marineprogramm: „Es geht heute um das Schicksal der französischen Unterseebootsflotte als bekanntes Thema. Über diese Unterseebootsflotte des Jahres 1917, im Marineetat beschrieb, hat man nicht vergessen, daß damals, als im Herbst 1917, die deutschen Unterseeboote eine Million Tonnen Schiffstann zerstörten, der französische Admiralstab den Verlust des Krieges für Frankreich befürchtete.“

Frankreich. Im Freistaat Braunschweig sind alle Gruppen der Deutschsprachigen Partei aufgelöst worden.

Berlin. Die sozialdemokratische Reichsregierung lehnte in ihrer heutigen Sitzung ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei in der erweiterten Regierungskoalition ab, da diese noch in allererster Zeit wichtige Regierungsvorlagen abgelehnt habe.

Im Reichsrat kam heute der Ausschussbericht über die Maßnahmen gegen die Volkswirtschaft auf der Seite der Presse zur Sprache. Es sind außer Ausgabengrenzen auf Holz Ausgaben von Wertpapieren zu fest gesetzter Grundhöhe über 10 Fehler Höchst geplant, die sich besonders der kleinen und der mittleren Presse zu Gute kommen sollen.

Was haben Sie gedacht? ... Und was soll das heißen, daß Sie Hand an mich legen?“ fragte Alvington ärgerlich. Er verzog in seiner Antwort, daß er in den Augen des Gesetzes jedes Recht vernicht hat, sich über etwas aufzuhalten oder so von Mann zu Mann zu sprechen.

Er sollte jedoch bald daran erinnert werden. „Auch beide Ihre Fragen sind die selben Alvington, meine er lächelte. „Ich habe Hand an Sie gelegt, weil ich dachte, daß Sie verachtet sind und ich Sie in der Nähe zu betrachten wünschte. Ich bemerke, daß ich mit meiner ersten Bemerkung recht hatte, und ich zweifle nun nicht mehr daran, daß auch die zweite richtig ist.“

„Und das ist?“ stammelte Alvington, der sich in diesem Augenblicke inständig nach dem Erscheinen des sonst so verachteten Herzogs lehnte.

„Das ist, daß Sie Arthur Alvington sind, der aus Wundschmerz empfundener Hölle,“ erwiderte Roger Marste in lauten, lauten Tönen, und während er sprach, entsetzte er sich ein wenig und richtete eine Pistole auf Alvington.

9. Kapitel.

Es suchte Alvington durch den Kopf, daß er das Opfer irgend einer unerklärlichen Verführung sei, die Herzog geendet hatte, und daß das Komplot gegen Alvington nur aus der Luft gegriffen und dazu bestimmt war, ihn von dem Lauf von Marste Revolver zu lösen. Aber weshalb hätte man sich so viele Mühe gegeben, ihn zur Waffe zu bringen, da er doch am nächsten Morgen hätte gehängt werden können - hier schloß ein Blick in der roten seiner Vermutungen.

Blötzlich begann Marste zu sprechen, ohne sein Ziel außer acht zu lassen.

„Was haben Sie Springelinge in Zealand zu Ihrem Aufsehen gewährt?“ fragte er.

Alvington erinnerte sich daran, daß er noch in seiner Waise seine Identität zugestanden hatte, und so setzte er sich auf hohe Post.

„Was, zum Teufel, hat das für Sie für Interesse?“

Marste flachte ihn höher an. „Mein erster Wunsch,“ sagte er, „ist, daß Sie die Frage für Sie beantworten, denn die Geschichte ist so einfach, wie zweimal zwei vier ist.“ Sie kamen ganz schnell, nicht wahr? Sie ist heute morgen um vierpunkt in Ihrer Angewandtheit abgehört, nicht wahr?“

Provinz und Danvarstaaten.

Zeugnis, den 12. Juli 1922.

(Verfügung Hinterbliebener.) Nach dem Tode über das Verbleiben der Verstorbenen vom 10. 1. 1922 hat über die Verbleibensverhältnisse der Hinterbliebenen, die noch keine Gebührensätze nach dem Reichsverordnungsgebot bezogen, das Verbleibensgesetz vom 20. 1. 1922 in Anwendung zu entscheiden, in dessen Bezirk die Witme des Verstorbenen wohnt, oder wenn eine solche nicht vorhanden ist, der Verstorbenen zuletzt gewohnt hat. Hierüber wird erreicht, daß für alle Hinterbliebenen (Witme, Mütter, Eltern, uneheliche Kinder usw.) derselben Verbleibensverhältnisse bezogen werden können, und über die Verbleibensverhältnisse (z. B. das Vorliegen von Dienstbeschädigung) einheitlich entschieden wird. Sobald jedoch für einen Hinterbliebenen Gebührensätze nach dem Reichsverordnungsgebot festgelegt sind, ist für alle weiteren das Verbleibensgesetz in Anwendung zu bringen, die das betreffende Hinterbliebene betrifft. Es veranlaßt die Zahlung der bewilligten Gebührensätze und bewahrt auch die Mütter auf. Einmalige weitere Anträge sind also an dieses für den bezüglichen am bequemsten zu erreichenden Verbleibensgesetz zu richten.

Wir weisen an dieser Stelle auf die im Interzessentiale enthaltenen Bekanntmachungen über die sofortige Bekanntgabe der Entscheidung hin. Nach der im letzten Wochenblatt enthaltenen Bekanntmachung betragen die angeordneten Strafen bis zu einem Jahre Gefängnis und bis zu 50 000 M. Jeder Verbleibensgesetz von Geld muß in die Höhe mitzuzahlen, weshalb er per d i m in die Stadtbücherei zu erscheinen muß.

Schadenfeuer. Gestern Abend in der 7. Stunde brach im Gehöft des Gutsbesitzers Köhler in Zalsdorf ein Feuer aus, das sich in kurzer Zeit über Scheune und Pferdestall erstreckte. Durch sofortige Hilfeleistung seitens der benachbarten Wehrmannschaften, vor allem der Freiwilligen Feuerwehr Zeuzen, gelang es nach dreistündigem Arbeiten das Element auf seinen Ferkel zu beschränken. Einige Wagen und Maschinen wurden vernichtet. Die vorhandenen Weizenkörner und sämtliches Vieh konnten gerettet werden. Die Ursache des Feuers soll untersucht sein.

Schützenfest. Die Veranstaltungen am Montag und Dienstag erzielten sehr guten Besuch. Das Feuerwerk am Montag hatte eine derartige Zugschauerwirkung herbeigeführt, daß wiederum der bekannte Apell nicht zur Erde fallen konnte. An den Festlichkeiten am Nachmittag beteiligten sich die Kinder auf das Freifeld. Das Abendkonzert am Dienstag Nachmittag und der Festball am Abend bewiesen ihre Anziehungskraft in außerordentlichem Maße. Heute ist der Schluß des Festes. Der Festschluß wurde von Marste Herr Weich auf das Boot des Schützenvereins übergeben, auf dem er die Würde des Schützenkönigs übernahm. Die übliche Festfeier wurde dem Schluß des Festes, das für viele Vereinsmitglieder die einzigen Ferien des ganzen Jahres bedeutet und deshalb mit so intensiver Hingabe begangen wird.

Ernt. Die Ernte hat mit dem hiesigen Milchbändlern eine G. m. b. H. zur Gewerkschaft einer genossenschaftlichen und einmündigen Milchverarbeitung gegründet.

Halle a. S. Mit Hingewandtheit brach sich in der Herbstzeit eine ledige Frau aus Leber, nachdem sie sich zuvor vergeblich in die Gänge gekämpft hatte.

Halle, 10. Juli. Am 1. Juni d. J. ist auf der Straße Leipzig-Halle der elektrische Betrieb aufgenommen worden, allerdings zunächst in sehr beschränktem Maße, da im ganzen nur sechs Personenzüge mit elektrischen Personen sind befördert werden, jedoch sollen weitere Züge, sowohl Personen als Güterzüge, sobald als möglich folgen.

Camburg, 10. Juli. Witten in der Konzertsäle und das Konzertsäle des Schützenfestes, das am Sonntag zu Ende ging, gelte am Sonnabendabend pflöglich das

„Denken Sie Ihre Pistole, Herr Marste, und lassen Sie dieselbe auf den Boden fallen, sonst haben Sie die Folgen zu tragen; ich habe Sie in meiner Gewalt.“ Und der Augenfeuersitz in der Tat die Pistole fallen, aber er behielt sie in der Hand, die Wundung nach abwärts gehend, und stierte wild vor sich hin.

„Nehmen Sie, mein Herr, mit mir scherzhaft nicht; ich lasse Ihnen jetzt Gelände Zeit, die Waffe wegzulassen, sonst löse ich Sie tot,“ erlangte Herzog leise, aber abgeleitete Drohung. „Einmal wurde das Gebot befolgt. Marste ließ die Waffe fallen und rief:

„Dieser Mann ist ein entpuppener Wölber.“ Eine Entladung, von der Sie Kenntnis haben müssen. Ich gebe voraus, daß Sie verwirrt sind, die Strafe dafür zu verdienen, daß Sie ihm helfen und ihn unterstützen und einem ebrenwerten Bürger davon abhalten, ihn wieder zu ergreifen.“ Von Marstes drohender Waffe befreit, wandte Alvington den Kopf und sah Herzog, der sich ihm, mit einem Revolver in der Hand, von den Bäumen zur Rechten aus näherte. Seine Blicke waren ernst, als Alvington sie seit ihrer denkwürdigen Unterredung im „Häuser“ zu Southampton gesehen, wo ihm seine Persönlichkeit einen so tiefen Eindruck gemacht hatte.

„Was ist das für ein Unsinn mit dem entpuppener Wölber?“ fragte er ruhig.

„Der Wölber ist der berüchtigte Alvington. ... Ich beschuldige ihn dessen, und er sagt es nicht,“ erwiderte Marste dumpf.

„Dann muß ich es für ihn leugnen, und da Sie eine eindeutige Beschuldigung gegen mich selbst damit ausprechen, werde ich Sie davon überzeugen, daß dieselbe falsch ist.“ sagte Herzog, nahm die Pistole vom Boden auf und reichte sie in seine Tasche. „Wenn Sie einige Schritte mit mir kommen wollen, so zweifle ich nicht daran, daß ich inkaufen sein werde, Ihnen den Betrag auszusuchen, der Sie bezahlt in Unannehmlichkeiten gestiftet hat.“

Alvington sah, wie Roger Marste in ohnmächtiger Wut seinen Schutzhelm zerbrach, aber es lag etwas in dem Gesicht, dem Wille, dem was nicht misserfolgreich konnte, und die beiden entsetzten sich die Richtung nach. Erlange sie in Alvingtons Hörweite waren, fiel sein Wort wieder ihnen, und Herzog war damit beschäftigt, ein kleines Dokument aus der Tasche zu ziehen und zu entrollen, das er anscheinend genau prüfte. Als sie über fünfzig Schritte entfernt waren, begann er leise zu reden und zeigte Marste schließlich das Papier, ohne es jedoch aus der Hand zu lassen. Marste las es, und dann reichte er die Karte in einer Bewegung aus, die zugleich Abwehren und Ergebung ausdrückte; gleich darauf rief er sich um und kam langsam zu dem Platte zurück, wo Alvington ihn wieder auf dem Boden zum Platz setzte.

Jeational. Es brante im Wald Märligen Gelehrter, was das Feuer aufsteigend im Waldraum der Märligen ausgedehnt war. Die Feuersucht wurde sofort an der Brandstelle, und ihrer Tätigkeit gelang es, das Feuer nach etwa zwei Stunden auf seinen Herd zurückzuführen. Wäre es einige Stunden später ausgebrochen, so hätte es leicht bei der gewöhnlichen Trockenheit und den in der Gegend lagernden Holzvorräten für den ganzen Staabteil verhängnisvoll werden können.

Burgküst. (Ermoder.) Mit durchschütteltem Holze im Waldraum ausgehend wurde die in gegenseitigen Umständen befindliche 24jährige Ida von Wehrmann als Missethäterin. Der Diebstahl wurde wegen Mordverdachts verurteilt.

Artern. In Verbleben begründete in Ausbildung seines Berufes der Dachdeckermeister Karl Siegmund von hier tödlich.

Schmalla. Ein 13jähriges hiesiges Mädchen hat nach dem Genuss von kirchlichem Wasser getrunken. Sie ist unter großen Schmerzen gestorben.

Einmal bedingte Aufnahme nach einer Reise von zwei Jahren in die Heimat. Der Vater, ein Maler aus München, wurde verurteilt.

Gardiner. An Hitzepflicht sind in umliegenden Orten in den letzten Tagen viele Personen erkrankt.

Sachsenburg. (Sr. Eckartsbergo.) 8. Juli. Die rassistische Arbeiter der französischen Fremdenlegation arbeiten jetzt des Erlaubnis zweier junger Leute von hier. Richard Bickel (18 Jahre) und Karl Dienemann (20 Jahre) waren am Sonntag nach Erfurt gefahren. Am Abend machten sie eine Spaziergang nach dem „Seiger“. Auf der Landstraße dorthin haben sie einen feinen gekleideten Herrn, dem offenbar unwohl war. Er wandte, und drohte unwillkürlich, worauf die beiden ihm hilflos zur Seite sprangen. Währenddem kam „zufälligerweise“ ein Kraftwagen, worin nur der Chauffeur saß. Er hielt an und erlaubte sich teilnehmend, was mit dem Herrn los sei und wo er hin wolle.

„Schnitzmesser“ war das Wort gerade hinter ihm, der Herr wachte. Der Chauffeur hat dabei die beiden, dem Herrn ins Auto zu helfen. Und vom Betreten des Wagens an wissen sie nichts mehr. Als sie am anderen Morgen zu sich kamen, hielt der Kraftwagen vor einer großen Stadt. Da der Chauffeur wieder allein war, ergriffen die jungen Leute die Flucht. Bald darauf erfuhr sie zu ihrem nicht geringem Erstaunen, daß sie sich in Frankfurt a. M. befanden. Glücklicherweise hatten sie noch soviel Geld bei sich, daß sie zurückfahren konnten.

Connersberg. In der Spielmannsbande ist eine neue Aufnahme im Gange. Gegenüber der Forderung der Arbeiter auf eine 70prozentige Sperrhöhung hat der Schlichtungsausschuß auf 40 Proz. erkannt, was die Arbeiter ablehnten. Es finden gegenwärtig neue Verhandlungen statt.

Wartensburg. 11. Juli. Nach vorheriger wiederholter nächster Belästigung vor der Wohnung des Feuerschutzofficiers Dr. Weis, nach Sendung von Drohbrieffen und versendeten Bombenwurf in das Haus wurde in letzter Nacht die Frau des Verletzten erschossen als sie am Fenster erschien.

Burggräber-Artor. Durch einen Bienensticharm überfallen und schlimm zugerichtet wurden der Landwirt Goldschmidt und seine beiden Pferde. Eines der Tiere ist bereits eingegangen.

Berlin. Am Berliner Buchdruckereistell wurde eine Entlohnung erzielt. Die Arbeit wird Mittwoch fest wieder aufgenommen. Mitregelungen sind beiderseits nicht statt. Die Streikliste werden nicht beachtet.

Niel. 12. Juli. Laut „N. Z.“ war der hiesigen Entente-Kommission am Donnerstag berraten worden, daß im Marine- und anderen großen Mengen Maschinenwaffe verfertigt gehalten werden. Ententeoffiziere begünstigen dann am Freitag auf dem Arsenale die Stellen, die sie zu sehen wünschten. Dort wurden viele gemeldet, die Maschinenwaffe gefunden, die

die Zahl der neu angeschafften Bewaffnung übersteigen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Barmen. Der Buchdruckermeister Herge erdroffte als Nahrungsorgen seine beiden kleinen Kinder und verurteilte dann Selbstmord.

Ypsiphys an ihrvertrauenen Weibern. Appeln. Als letzte von allen durchgehenden Städten Oberitaliens sah gestern die Hauptstadt Appeln den Abzug der Besatzungstruppen und zugleich der Interalliierten Kommission mit dem General Lerond an der Spitze. Der Abzug ging langsam und langsam durch menschenleere Straßen mit verhängten Fensterschirmen vorüber. Heute vormittag zog bereits, von der ganzen Bevölkerung feierlich empfangen die neue Garnison der Reichswehr in die Stadt ein. Vor dem Hotel der interalliierten Offiziere ist es zu einer Tumultszene gekommen. Dort wurde eine Anzahl des Ungarns mit Besatzungstruppen überführter Frauen entledigt, verprügelt und mit abgeschüttelten Haaren durch die Straßen geschleppt. Eine dieser Frauen ist ihren Verletzungen erlegen.

Das Urteil gegen die Sozialrevolutionäre. Genf, 11. Juli. Matin meldet aus Neval: Hier liegen Meldungen aus Moskau vor, wonach am 7. Juli das Urteil gegen 17 Sozialrevolutionäre gefällt worden ist. Es lautet gegen sämtliche Angeklagte wegen aktiver Handlungen zur Verletzung der Souveränität mit Tod durch Erschießen. 16 Angeklagte wurden freigesprochen, bleiben aber unter der Auflage einer Stillsitzungsverordnung in Untersuchungshaft.

New York. 10. Juli. Auf einem in Hoboken liegenden hölzernen Passagierdampfer brach eine gewaltige Feuersbrunst aus. Fast 700 Passagiere mußten schleunigst das Schiff verlassen. Zahlreiche Mitglieder der Schwärmarscharen sind bei der Hilfestellung an Rauchvergiftung erkrankt.

Zerstücktes.

Bismarck und die Lucca.

Mag auch der eigene Kanzler in seinem Wesen als Staatsmann gegenüber seinen Gegnern und oft sogar in den Verhandlungen mit seinen Freunden eher der schärfsten Realpolitik geworfen sein, die es je gegeben hat, so waren selbst bei Bismarck in unangenehmen gegenüber den Frauen war er ein Edelmann im wahren Sinne des Wortes. Dabei vor allem auch ohne jeden Anstrich von Transparenz, fader und abgeschmackter Galanterie und frei von Aufschneiderei, die in Liebetönen ihren Triumph erblickt. Dennoch sah Bismarck gern junge und schöne Frauen um sich, und sie waren selbst bei Bismarck in den unangenehmen parlamentarischen Wierereien nicht ausgeschlossen. Auch die Künstlerinnen, die schon so manchen Staatsmann gefesselt geworden sind, konnten ihm nichts anhaben. Und doch kam er einmal durch eine Sängerin ins Gerede; durch Pauline Lucca, für die auch der alte Kaiser zu viel Verehrung besaß. Sie stand gerade auf der Höhe ihres Ruhmes, als sie sich im Sommer 1865 zu gleicher Zeit mit Bismarck in Jütland befand. Beide waren sich von Berlin her natürlich keine Unbekannten, und so fand sie eines Tages gerade vor dem Hotel „Elisabeth“, wo Bismarck wohnte, als er heraustrat, und, sie erkennend, auf sie zuzutreten, um ihr persönlich vorzutreten die Hand zu schütteln. „Guten Morgen“, bat die Lucca, „kommen Sie mit mir zum Photographen.“ Darauf Bismarck: „Ich kann nicht, ich ermarte Depechen.“ „Wohens, Czellenz, Sie können die Depechen später lesen.“ bat die kleine, aussehende Lucca in angeborenen Wiener Dialekt, dabei den Staatsmann mit ihren freischwebend gebundenen „Kochschlingen“ umschließen. „Es heißt natürlich bei jeder Depeche.“ Bismarck ging mit zum Photographen und ließ sich dort nach der Lucca aufnehmen. Höchstlich sprach die kleine Sängerin, der stets der Schelm im Aachen saß, auf und rief: „Czellenz, eine superbe Idee! Wie wahr, wenn wir uns zusammen photographieren ließen?“ Bismarck dachte sich nichts Schlimmes dabei. Er schaltete, und der Photograph ging als Best. Nach einigen Tagen war

das Bild, auf dem der berühmte Staatsmann und die berühmte Sängerin zusammen zu sehen waren, fast in lebemanns Händen, und ganz Jütland sprach von weiter nichts, als von Wibe Bismarcks und der Lucca. Gerade deshalb aber ließen es beide nicht angebracht, das Bild aus dem Kunsthandel zurückzuführen zu lassen, und so mußte sich der Photograph, der bisher ein glänzendes Geschäft gemacht hatte, beschließen, seine weiteren Absätze mehr zurückzuführen.

Wahrheit rote Duelle.

— Von Hans Makart, dem fadenfreudigen Künstler, wird folgende hübsche Anekdote berichtet. Als er noch Schüler des Hofmalers war, fiel es seinen Freunden und Kollegen einmal auf, daß er tagelang nicht zu sehen war. Er hatte sich in sein Atelier eingeschlossen, und wer zu ihm wollte, wurde dort abgewiesen. Das Mehrerhörte war aber, daß man so oft man durch's Schließschloß, den Künstler erblickte, wie er eine große rote Duelle in der Hand hielt und farrren Bildes diese Duelle von allen Seiten betrachtete. Als das mehrere Tage so fort ging, endlich sich endlich Bismarck, noch seinem Schüler zu sehen und war allem nach dem Gemaltes farrren Gebahren mit der roten Duelle zu fragen. „Was farrren das“, war Makarts Erwiderung. Diese Antwort war auch wieder farrren, aber als Makart einige Zeit darauf dem Lehrer seinen neuesten Bildes entwarf zeigte, erkannte Bismarck sofort, was die tagelange Betrachtung der roten Duelle für Freude getragen hatte. Das Bild des Künstlers stellte nämlich eine Verammlung von 16 Starbarden dar, und jeder der Starbarden trug ein Gemaltes von einem anderen Hof. Das Studium der Duelle hatte Makart dazu gelehrt, aus den verschiedenen Edelsteinen und Schmuckstücken der Duelle die 16 verschiedenen roten Farben herauszubringen.

Das Gedächtnis der Fische.

Studien über die Gedächtnisfähigkeit niedriger Tiere sind bereits sehr oft angestellt worden und man hat Spuren von Gedächtnis sogar bei den Korallen und bei anderen Meerestieren gefunden. Interessante Experimente, die über die Fähigkeit der Erinnerung bei Fischen Ausschluß geben sind vor einiger Zeit auf den Zoologischen Inseln an der Halbinsel von Florida gemacht worden. Die unterirdischen Tiere gehörten einer Barsch-Art an; es ist der grüne Barsch, der sich hauptsächlich von einer kleinen silbernen farrren Sardinie nährt. Dem Versuch wurden nun einige solcher Sardinien vorgelegt, die hellrot gefärbt und unter die anderen Tiere gemischt waren. Die Barsche verzehrten natürlich zuerst die Sardinien, die ihre natürliche Farbe bewahrt hatten, dann wagten sie sich auch an die roten, erkannten den gleichen Geschmack und beschafften sie. Nachdem sie in eine Probe des Unterdrückungsbedingens gegeben, wurden sie vor eine neue Aufgabe gestellt. Man zeigte ihnen zugleich silberne farrren und künstlich rot und blau, aussehende Sardinien. Es wiederholte sich dieses Experiment, zuerst wollten sie von den blauen nicht wissen, während sie die roten gleich anmaßten, dann verprügelten sie endlich auch die blauen. Ein gewisses Gedächtnis war also bei ihnen festgelegt; aber es ist sehr kurz, denn schon am folgenden Tage waren alle Ergebnisse vergessen.

AMBI

SCHREIBEN - BAUTEN

FELDSCHREIBEN	JEDER	STALLUNGEN
HOFSCHEUNEN	ART	Arbeiterhäuser

„System Müller“

DRUCKSCHRIFTEN, PREISANGEBOTE,
FACHMANNBESUCH

AMBI Abt. I/N. 40 Berlin-Johannisthal

Tausendfältig Unglück.

„Mein lieber Martin“, sagte Herzog, „das kleine Missgeschick ist schon ein wenig zu sein. Ich bin ein bitter und ein wenig ein Unschickliches. Wir dürfen es nicht so genau nehmen, wenn ein extremer Bürger seine Pflicht gegen die Allgemeinheit zu vollbringen wünscht. Zu viel Gier hat schon manchen in Verlegenheit gebracht.“

Es war aber unmöglich zu glauben, daß Marste wirklich überglücklich war. Er sammelte eine gewundene längere Gutschnur, dann küßte er seinen Hut ein wenig, drehte sich auf den Rücken um und verschwand unter den Fischen.

Herzog setzte sich auf den Baumstumpf neben Minington und sog die aromatische Luft mit einem langen Niesenzug ein. „Das wäre also“, sagte er, „die Benennung gewesen, die ich gemeint hatte. Jedes war es richtig, aber es war mir möglich, sie mit Waffen zu fassen, was deren Wesenheiten unter unternommenen Brand keine Übung hatte. Ertranken Sie mir, mein lieber Hauptmann, daß ich Ihnen zu dem echt soldatischen Haltung angeht, ein erhabenen Worte gratuliere, die ich — nebenbei gesagt — dem aggravierten Herrn bei nächster Gelegenheit zurückgeben will.“

Minington konnte ihm nicht sagen, daß, wenn sein Angelegenheit, oder vielmehr verurteilte James in Bezug auf Marste richtig war, sich nie eine Gelegenheit finden würde, die die Fische zurückzugeben, so lange er im Spiele war. Er begab keine Zweifel, daß Marste ihn hatte vollständig töten wollen, und er wunderte sich darüber, daß sein geistvoller Gefährte hier offenbaren Fische seine Gewandlung tat. Er konnte sich doch kaum überlegen haben, selbst wenn er nicht die kurze Unterhaltung beauftragt hätte, die einem dramatischen Dargestellten vorausgegangen war.

Dieser Punkt verurteilte ihm ein ziemliches Unbehagen. Wenn Herzog gehört hätte, daß im Roger Marste eine Verbindung mit Janet bestünde, dann würden seine Chancen fünfzigfache Verdrängung sich sehr verringern, und abgesehen davon, welcher Zusammenstoß konnte in Herzogs Augen zwischen Marste und ihm bestehen? Er konnte nicht daran zweifeln, daß er ihn mit Vorbedacht in die Fischenwälder von Brantome gebracht und ihn dort gelassen hätte, da er meinte, daß Marste folgte. Er selbst hatte ja gesagt, daß der Versuch unternommen werden war, um die Wichtigkeit einer Vermutung zu erlösen.

Die Vermutung bestand gewisslos darin, daß Marste die Wahrheit sagte. . . . Aber wie hatte Herzog diesen Verdacht erweckt? . . . Durch Beobachtung oder durch Vergegenwärtigung, daß ein Brand bestand, um dessen willen Marste sich vor Minington versteckt hatte. . . . Vielleicht hatte er den Vorgang eines Handlungsweges wahrgenommen, es wurde Minington

sofort klar, daß Herzog nunmehr, er solle es dem ersten zuschreiben.

„Diese unangenehme Persönlichkeit scheint Ihre Bekleidung bemerkt zu haben, und um eine Wiederholung solcher Gedanken zu vermeiden, haben Sie besser daran, diesen Gedanken wegzulassen“, sagte er, „im voraus lösend.“ „Dann den Nachrichten von Ihrer Flucht nach Amerika wird man gegenwärtig nicht nach Ihnen nachdenken, und die Unwesenheit Ihres Schurkentums bejagt die notwendige Veränderung.“

„Nur ich bezweifle jemandem, mit dem ich schon bekannt war“, sagte Minington.

Herzog Augen nahmen ihren harten Ausdruck an. „Sind Sie sicher, daß das nicht schon geschehen ist?“ fragte er in ruhigen Tone.

Minington war verwirrt und gläubte, daß er auf eine Unterredung mit Janet in der vorigen Nacht anstünde. Aber nein. . . . Als er schweigend, verdrückte er seine Gefährlichkeit, indem er seine Frage folgendermaßen erklärte:

„Nicht im geringsten. Ich habe ihn niemals gesehen und auch niemals von ihm gehört. . . . bis gestern.“

Herzog schwebte von neuem und hat abwechselnd auf den See hinaus und auf den dunklen Kontinent zu seinen Füßen. „Nur ich bezweifle jemandem, mit dem ich schon bekannt war“, sagte Minington.

Herzog sagte: „Sie Herr Hauptmann“, sagte er, „ich bin ein zufälliges Gefährte. Es ist ein wenig schmerzhaft, daß solche unangenehmen Erinnerungen für Sie hat. Überdies müssen wir uns beeilen, wenn wir rechtzeitig unsere Mitreisenden auf dem Schiffe, das nach Wigtow zurückgeht, einholen wollen.“

10. Kapitel.

Sie erreichten den Bergungsdampfer in Bourneouth und legten die Märcie eine weiteren Fischenfall und ohne eine Spur von Roger Marste zu entdecken, zurück. Er hatte wohl infolge des nachmittäglichen Abenteuer vorgezogen, entweder über Miningtons Fernand zurückzuführen, um nicht mit den Fischen zu verfehlen, oder er hätte seine Pläne vollständig geändert, war vielleicht sogar nach London gefahren.

Obert Gilmarth sah an seinem gemauerten Blase am Fenster in Springbörse, als die Gasometer durchschritten, und die Prüfung, die er in seiner beiden hübschen Frauen herab unterzog war ein unerwartetes Ereignis. Am ihn hatte Minington das nicht abgesehen, als er die Entfernung

Fortsetzung folgt.

Wöchentliches Anzeiger

für Dessauern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die halbjährliche Ausgabe 2,- M., vierteljährlich 1,20 M.

Abgabeort: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10, im ersten Stockwerk, 9 Uhr. Bestellungen und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ersteinstellung: 8 Uhr, und zum Freitag, Samstag und Sonntag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Monatlicher Preis: 20,- M., vierteljährlich 12,- M., halbjährlich 24,- M., jährlich 48,- M.

Abgabeort: Die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzigerstr. 10, im ersten Stockwerk, 9 Uhr. Bestellungen und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Dessau.

№ 81

Donnerstag, den 13. Juli 1922.

61. Jahrgang

Bar Lage.

Die geistlichen Feiertage.

Paul Bornäris hat das Reichsanseherium des Innern dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, durch den die Frage der Feiertage reichsgesetzlich gelöst werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt die beiden Oertage, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag, in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Wei- und Hingtage und der 1. Mai bleiben der Landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Reichsanseher der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. Juli. Am Sonntag tagte in Berlin der Reichsanseher der Deutschen Volkspartei, der nach einem Referat Stresemanns einstimmig eine Entschliessung annahm, in der gegen die Vergiftung unserer öffentlichen Lebens durch Mordkomplottanten Protest erhoben und die Überzeugung ausgesprochen wird, daß der Wiederanbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Die Entschliessung erklärt sich mit dem Gesetz zum Schutze der Republik einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ansehensgesetzes genommen wird. Weiter wird die Wiederherstellung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße gefordert und gegen die Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen, sowie gegen jede Schmäherung der Vergangenen Einspruch erhoben. Die Reichstagsfrage ist gegen Berücksichtigung und Beschimpfung zu schlichten, ebenso aber die schwarz-weiß-roten Farben als Symbol der nach hinten gerichteten Kämpfe erungenen deutschen Einheit. Zum Schluß wandte sich die Erklärung ungeachtet der von der Partei unterhaltenen guten Beziehungen zu den Demokratischen auch gegen jede Verleumdung durch rechtsradikale Elemente.

Berlin, 12. Juli. Neben der getrigen Reichstagsvollziehung wurde in kleinerer unbeschädlich Besprechungen weiter der Versuch einer Einigung über die Mehrheit für das Republiksschutzgesetz gemacht. Die Deutsche Volkspartei legte dem Kanzler einige Fragen vor, die die Handhabung des Gesetzes und insbesondere den Schutz von Wahlverhandlungen und die Zulassung von Rechtsanwälten zum Staatsgerichtshof betreffen. Die Besprechungen zwischen den verschiedenen Parteien sind noch nicht abgeschlossen, man glaubt jedoch überwiegend, daß ein positives Ergebnis erzielt werden dürfte.

Zum Schutze der Republik.

Berlin, 10. Juli. Der Reichsanseher des Reichstages erledigte am Sonntag in zweiter Lesung der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik. U. a. wurde beschlossen, den Paragraphen, der die Unterlassung einer Anzeige bei Kenntnis einer strafbaren Verletzung mit Todstrafe resp. mit Gefängnis bedroht, beizugeben zu lassen, daß diese Vorschrift nicht nur ausgeschlossen bleibt bei Geschäftlichen in Ansehung dessen, was ihnen bei Ausübung der Seelorge anvertraut ist, sondern das von dieser Vorschrift auch Verwalter auf- und absteigender Anteile und Ehegatten nicht getroffen werden sollen, wenn sie sich nach Kräften bemühen haben, den Täter abzuhalten. Betreffs der Zusammenlegung des Staatsgerichtshofs wurde ein Antrag der Linken angenommen, daß der Staatsgerichtshof sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und fünf Parlamentariern zusammensetzt. Damit ist also die Mehrheit der Anteilhaber bei der Urteilsfindung gewährleistet. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Mann erklärte der Reichsanseher des Innern Dr. Köster, daß Vereine, die monarchistische Haltung und das Legitimitätsprinzip in verfassungsmäßigen Rahmen pflegen, von dem Gesetz nicht berührt werden. Wenn aber ein Verein die Erhebung einer bestimmten Person als Ehrenanwärter betriebe, so gebe er während der fünf Jahre Geltungsdauer des Gesetzes Anlaß zur Auflösung.

Das Moratoriumsgesuch.

Paris, 10. Juli. Ueber den Inhalt des Moratoriumsgesuches, das die Reichsregierung in der Kohlenfrage an die Reparationskommission gerichtet hat, meldet der „Matin“, daß Deutschland eine Herabsetzung der Kohlenquantität von 30% verlangt mit der Begründung, daß das Reich zu dieser Reduktion gezwungen wäre einmal durch das Verbot der oberirdischen Kohlenbezüge, dem 20%, dieser Verminderung zuzuschreiben sei, zum andern aber infolge der Verminderung der eigenen Kohlenförderung, die die übrigen 10% ausmache.

Gegen Zerstörungshandlungen.

Berlin. Die Reichleitung der demokratischen Partei wendet sich in einem Aufruf gegen die in verschiedenen

Teilen des Reiches geplanten Räumungen gegen die Zerstörung.

Berlin. Der Reichstag nahm heute eine Vorlage an, nach der die Besätze der Klubs, Invaliden- und Witwenrentner erhöht werden. Es legte dann seine Beratungen über das Gesetz zum Schutze der Republik fort. Der bairische Gesandte lehnte das Gesetz in dieser Form ab.

Die erste innerpolitische Lage.

Die politische Lage wird in parlamentarischen Kreisen allgemein als ziemlich ernst angesehen. Den Gewerkschaften und den Sozialparteien liegen aus dem Lande Besätze vor, die zeigen, daß die Erregung der Arbeiterkraft ständig im Wachsen begriffen ist. Aber auch von bürgerlicher Seite wird betont, daß die Gegenkräfte sich immer mehr und mehr verschärfen und daß Anlaß zu ersten Besorgnissen über die Führung der Rufe und Ordnung im Lande gegeben ist. Sollte das Gesetz zum Schutze der Republik von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien als unzureichend befunden werden, wie es aus der Beratung in zweiter Lesung hervorgeht, so läßt die Reichstagsaufstellung nicht mehr zu vermeiden. Wärend in sozialdemokratischen Kreisen eine gemäßigtere Auffassung über die jetzige



Reichspartei in die Regierungsoption bei den breiteten republikanischen Massen das Vertrauen für die Arbeit der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aus Tiefste erschüttert. Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kommt daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Das Amnestiegesetz.

Im Rechtsausseher des Reichstages wurde das Amnestiegesetz beraten. Im Laufe der Beratung erklärte der Reichsrechtsminister Dr. Gröner, daß die Amnestie für die anlässlich des Beamtenstreiks zur Verantwortung gezogenen zu einer Zerlegung des Beamtenstreiks führen und die Autorität der Reichsregierung ernstlich gefährden müßte. Für die Reichsbahn würde sich eine solche Schwächung des Ansehens der Regierung durch ein Nachlassen der Arbeitsintensität fühlbar machen. Dies aber würde die Steigerung des von einflussreichen Kreisen entfachten Bewegung zum Zweck der Entlastung der Reichsbahn zur Folge haben, die nach Befürchtung des Ministers dem zum Erfolge führe, wenn die Rückgänge in der Konjunktur nicht mehr erlauben, die gelegentlichen Auslagen durch Tarifserhöhungen auszugleichen. Die Reichsregierung könne daher der Forderung nach Amnestie für die Teilnehmer des Februarstreiks nicht entsprechen. Verbrechen und Vergehen, wie Transportverweigerung, Beamteneinweisung, Verletzung gegen die Besatzung des Reichspräsidenten vom 1. Februar, wie Sabotage, Drangsalierung der Arbeitswilligen und Aufreizung zum Streik seien so schwer, daß die Reichsregierung sie nicht straflos lassen könne. Eine solche Straffreiheit müßte auf dem Wege zum nachherigen Ansehensverlust führen. Dem

Minister versichert, daß er für eine milde Behandlung der zu lösenden Fälle eintreten werde. In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, der die Amnestie auf gewisse politische Straftaten im Gebiet des gesamten Deutschen Reiches ausdehnen will, abgelehnt. Angenommen wurde die Regierungsvorlage, die gewisse, gegen das Reich gerichtete politische Straftaten straflos macht. Gegen dieses Amnestiegesetz stimmten die Deutschen Nationalen, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Die deutsche Demokratische Partei erklärt nachstehenden Aufruf: „Trotzdem die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften sich anscheinend entschlossen haben, auf eine dritte Wiederholung der Strafhandlungen zu verzichten, werden in einzelnen Landesteilen „Generalstreiks“, „Leistungshandlungen“ usw. geplant. Dessen haben die verantwortungsbewußten Führer den Einfluß auf einen Teil der Massen verloren. Unverantwortliche Führer suchen die Rettung an sich zu setzen. Die Demokratische Partei lehnt wiederholt jede Gemeinschaft mit solchen Strafhandlungen ab und jede Verantwortung für solche ab. Wer sich an Handlungen dieser Art beteiligt, entfernt sich von der demokratischen Staatsauffassung und dient der Gewaltpolitik, die letzten Endes immer reaktionär ist. — Wir ermahnen alle demokratischen Republikaner, jede Beteiligung an solchen Handlungen abzulehnen. Wir ermahnen, sich dem Terror der Ruchlosen mit allen Mitteln zu widersetzen. Wir ermahnen, die Arbeit auf jeden Fall weiterzuführen. Von der Staatsgewalt erwarten wir, daß sie jeder Störung der Ordnung, möge sie von rechts oder von links kommen, rücksichtslos entgegentritt. Die deutsche Republik muß ohne Schwächen nach rechts oder links, Ordnung und Sicherheit aller Staatsbürger erzwingen können.“

Brotarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Nach den letzten Nachrichten aus dem Ruhrkohlengebiet ist dort die Lage überaus ernst. Deutschland steht allergrößtenteils nach am Vorabend eines massigen Brotarbeiterstreiks in dem wichtigsten Gebiete seiner Kohlenproduktion. Die Bergarbeiter verlangen einmal, daß die Art der Lohnabgaben den gegenwärtigen Lebensverhältnissen und der geleisteten Arbeit besser als bisher angepaßt werde, sie verlangen weiter eine durchgreifende Erhöhung des Mindestlohnes. Weitere Schwierigkeiten erwachsen aus der Frage des sogenannten Kohlenpreises der Gebirge. Es muß hervorgehoben werden, daß in diesen Punkten die Forderungen sämtlicher Bergarbeiterverbände, auch der christlichen und politischen, sich inhaltlich durchwegs decken. Verschiedenheiten der Auffassung bestehen zwischen den freigewerkschaftlich organisierten und den christlichen und politischen Bergleuten nur hinsichtlich der Methoden, mit denen die erwähnten Forderungen durchgesetzt werden sollen. Der alte Bergarbeiterverband will zu dem Mittel der Massenklöndung greifen, um auf diese Weise das Streikverbot zu umgehen, soweit es den besetzten Teil des Industriegebietes betrifft. Er hat bereits die Klöndungsbewegung eingeleitet und hält sie parat, um sie zu gegebener Zeit den Arbeitgebern zuzuleiten. — Angesichts dieser bedrohlichen Situation im Ruhrkohlenbergbau begab sich der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach Essen, um persönlich die schwierigen Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu führen.

Moratoriumsbesprechungen.

Es trifft zu, daß in Paris zuletzt zwischen deutschen Unterhändlern und Mitgliedern der Reparationskommission in der Moratoriumfrage Besprechungen stattgefunden sind. Sie sollen die Grundlage für die demnächst beginnenden offiziellen Verhandlungen bilden. Ueber Einzelheiten läßt sich im Augenblick natürlich noch nichts mitteilen, und es ist infolgedessen auch zweifelhaft, über eventuelle Form und Inhalt des Moratoriums irgendwelche Vermutung aufzustellen.

Deutschlands Finanznot als Gegenstand internationaler Besprechungen.

Wie die „Corriere della Sera“ berichtet, ist die drohende Finanzlage Deutschlands in den Beratungen zwischen Schanzer und Lloyd George in diesen besprochen worden, und soll auch bei den nächsten internationalen Beratungen an erster Stelle stehen. In London wird die Befürchtung geäußert, daß Deutschland dem Verbot der Kohlenexporte auf die allertieren Länder sei eine unmittelbare Hilfe aller Länder notwendig. Dieser sollen sich alle Länder zusammenschließen, um die aus eigener Lösung sei. „trotz drohender politischer Gefahr einen Vereinigungspunkt... mit Österreich über die Bildung eines Donauhaubens zu verhandeln, Lloyd George hat Schanzer eindringlich die Not vor Augen gefaßt, daß die Finanzlage des Reiches den nächsten Herbst zu retten.“